

Ein Beispiel wie man die Bundestagswahlen als ungültig erklärte, ohne daß es jemand merkt.

Gleich vorweg. Die gesamte BRD alle Parteien, Firmen und die Bewohner mit dem Personalausweis sind Reichsbürger. Ohne Ausnahme. Somit wird Artikel 139 des Grundgesetzes für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet rechtskräftig, Zitat: *“Die zur **“Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus”** erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.”* Somit wird auch bestätigt das die Besatzungsgesetze weitergelten und das Deutsche Volk für alle Kosten der Alliierten aufkommen muß. *Daß seit Gründung der BRD die Wahlen so auch die Bundestagswahlen ungültig sind, hat auch das sogenannten Bundesverfassungsgericht schon mitgeteilt und muß nicht auch noch juristisch bewiesen werden.* **Die Feindstaatenklausel bezieht sich eindeutig darauf, daß der Deutsche weiterhin ein bekennender Nazi ist und die Freiheit nicht verdient hat.** Diese Mail hat somit nur einen einzigen Sinn, euch das Brett vor eurem Kopf zu erklären.

Guerilla-Aktion vor Bundestagswahl: Millionen AfD-Flyer im Altpapier

Die AfD ist im Wahlkampf auf einen fingierten Flyer-Verteilservice reingefallen. Hinter der Aktion steckt das „Zentrum für politische Schönheit“.

BERLIN taz | Die Firma hat eine seriös wirkende Webseite und ist in Branchendiensten gelistet, den Lebenslauf des Geschäftsführers kann man auf LinkedIn nachlesen: Täuschend echt wirkt der Online-Auftritt von „Flyerservice Hahn“ – so echt, dass die AfD das vermeintliche Unternehmen beauftragte, mehrere Millionen Wahlkampf flyer zu verteilen.

Die extrem rechte Partei ist damit auf eine Aktion des Zentrums für politische Schönheit

(ZPS) reingefallen, wie das Kollektiv am Dienstagmorgen bekanntgab. Den „Spezialdienstleister für Dialogmarketing“ gibt es nicht. Anstatt das Material zu verteilen, habe das ZPS die fünf Millionen Flyer von verschiedenen Kreisverbänden der Partei gesammelt, um sie später zu entsorgen. Bereits am Freitag hatte die AfD mitgeteilt, dass ein von ihr beauftragtes Unternehmen nicht existiert – und gemutmaßt, das ZPS könnte hinter der Aktion stecken, ohne Beweise zu liefern.

Die Aktionskünstler:innen berichten nun, der „Flyerservice Hahn“ habe der AfD vor einigen Monaten angeboten, Wahlkampfmaterial zu günstigen Preisen zu verteilen. Daraufhin sei die Firma als „Geheimtipp“ innerhalb der Partei weiterempfohlen worden. Insgesamt hätten 85 Orts-, Kreis- und Landesverbände rund fünf Millionen Flyer mit einem Gesamtgewicht von 72 Tonnen an vorgetäuschte Logistikzentren der Firma geliefert.

Am Dienstag vor der Wahl hat das Unternehmen die betreffenden Verbände und Kandidat:innen dann informiert, es könne die Flyer „aus organisatorischen Gründen“ nicht austeilen. Die AfD tobte, wie die Beschwerden von Parteivertreter:innen zeigen, die das ZPS auf der [Webseite](#) zur Aktion spöttisch in Form von Testimonials zitiert.

AfD-Co-Bundessprecher Tino Chrupalla warf dem ZPS bereits am Freitag einen „massiven Eingriff in den demokratischen Wahlkampf“ und „einen Angriff auf unsere Demokratie“ vor. Sein Kollege, Co-Bundessprecher Jörg Meuthen, kündigte an, Anzeige zu erstatten und weitere rechtliche Schritte zu prüfen.

Für den Rechtsstreit und die damit verbundenen Kosten wappnet sich das Zentrum für politische Schönheit nun mit einer Crowdfunding-Aktion. Wer spendet, erhält Merchandise vom „Flyerservice Hahn“, etwa Feuerzeuge, Basecaps und T-Shirts. Mit dem Geld will das Künstler:innen-Kollektiv außerdem die Entsorgung der AfD-Wahlwerbung finanzieren. Nach einem halben Tag waren bereits 50.000 Euro zusammen.

Das ZPS ist optimistisch: Einen Prozess fürchte man nicht, man habe schließlich nichts Strafbares getan. „Es existieren keine Auftragsbestätigung, keine rechtsgültigen Verträge, sondern nur ‚Angebote‘ einer Flyerverteilerfirma ohne jegliche Rechtsform“, erklärt das Kollektiv. Es sei ohnehin fraglich, woher die AfD das Geld für ihren Wahlkampf hat, schreiben die Künstler:innen mit Blick auf die AfD-Spendenaffären der vergangenen Jahre.

Ganz so einfach wird es wohl nicht. Wie der Abgleich mit einer archivierten Version der Homepage des „Flyerservice“ zeigt, hatte das ZPS bis vor Kurzem die Firma als GmbH dargestellt. Ein Journalist [hat weitere Veränderungen des Web-Auftritts entdeckt](#) – das ZPS hatte zudem Steuernummer und Handelsregistereintrag angegeben, die inzwischen verschwunden sind.

Aktualisiert am 28.09.2021 um 16:00 Uhr

Erklärung für Die die das nicht verstanden haben.

Das ist Wahlmanipulation auf Kosten der deutschen Bürger durch gut vorbereitete Betrügereien von regierungsgesteuerten Unternehmungen. Es spielt keine Rolle von wem und gegen wen die diese Wahlmanipulation durchgeführt wurde, sondern es dient als Mittel euch allen klar zu machen, daß die Macher dieses Nazisystems nicht nur wissen was sie tun, sondern es euch auch noch zeigen wie so etwa geht. Und damit die Blinden es nicht bemerkten erweitert amn auch noch den sogenannten Bundestag (von welchem Bund?) Auf fast 800 hochbezahlte Raubritter.

Und was noch nun klar ist. Dank der AfD konnte endlich der Beweis angetreten, daß 1990 eine marxistisch sozialistische Bevölkerung dem Western angeschlossen wurde, die vor dem Mauerbau die Westdeutschen als Nazis beschimpften, die Westdeutschen als Kassenfeinde behandelten und nun ihr wahres Gesicht zeigen.

**Laßt uns endlich diesen Wahnsinn
beenden !**

(ohne Parteien, ohne Nazis, ohne Mauer mit Ostdeutschland und Elsaß
gemeinsam)

Reichsbürger, Personal,
Staatenlose sind keine Reichs-
und Staatsangehörige

<https://www.dramt.de/lehrfilme/Zum-Thema-Reichsbuerger.mp4>

Wie die “Holo-Protagonisten” über § 130 StGB der BRD berichten

Vorab zum nachdenken, prüfen und verstehen:

Das Strafgesetzbuch (StGB) der BRD kann seit Jahren keinen Geltungsbereich (*o.Gb.*) vorweisen und wurde nicht von gesetzgebenden Organen des souveränen Deutschland gegeben und beschlossen, sondern von gewerblich geführte Institutionen eines Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

Der StGB § 130. Volksverhetzung zu lesen in: https://www.gesetze-im-internet.de/stgb/_130.html **gilt NICHT für Antifaschisten, Linksratikale, die Antonio Amadeus-Stiftung, Sonnenstaatländer, sogenannte semitische Religionsgemeinschaften und einige mehr.**

Das tatsächliche StGB des Deutschen Reiches (nie außer Kraft getreten und auch nie vom Reichstag und Bundesrath gändert) kennt keine Klassenunterschied und meint “jede Person” zu finden hier unter:

<https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rvgl/strafgesetzbuch/>

Zitat: StGB 130. “Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.”

Da dieses Gesetz (*o.Gb.*) verstärkt gegen Bürger angewandt wird, die nachweislich den semitischen Holocaust abstreiten, schauen wir uns den Sinn dieses Wortes, gemäß den aktuellen öffentlichen Meinung an. Zitat aus Wiki: *“Der Holocaust[^ho:lokaʊst, holo'kaʊst] (englisch, aus altgriechisch ὁλόκαυστος holókaustos „vollständig verbrannt“.*

Frage: Wäre es auch Volksverhetzung, wenn die Deutschen den “Höllenturm” in Dresden und vieler anderer deutscher Großstädte, als Holocaust bezeichnen würden und deshalb den Frieden stören? Wenn nein, dann sollten wir endlich aufhören den Holocaust in Dresden zu verleugnen!

Weitere Fragen soll jeder Wahrheitssuchende selbst recherchieren, wie z.B.

- a) Wenn es in einem Land zwei Strafgesetzbücher gibt (das der BRD und das des Deutschen Reiches), welches gilt, welches gilt nicht und welches gilt im Sinne der konkurrierenden Gesetzgebung vorrangig?
- b) Was bedeutet Reichsrecht geht vor Landesrecht?
- c) Zitat aus dem aktuellen EGBGB der BRD, Artikel 50: **“Die Vorschriften der**

Reichsgesetze bleiben in Kraft. Sie treten jedoch insoweit außer Kraft, als sich aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch oder aus diesem Gesetz die Aufhebung ergibt."

d) Ist eine Religionsgemeinschaft auch ein Volk?

e) Ist der Begriff "Volk" nach römischem Recht, die Bevölkerung oder das Volk der Staatsdiener?

.....

Nun zum Bericht gelesen: <http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/57/der-130-stgb>

Von [Dr. Björn Elberling](#)

Der § 130 StGB - Volksverhetzung

Was ist eigentlich Volksverhetzung?

Viele verbinden mit dem Begriff Volksverhetzung vor allem die Strafbarkeit der Holocaust-Leugnung und sehen ihn als spezifischen Anti-Nazi-Paragrafen an. So einfach ist es aber leider nicht: Zum einen kann die Strafnorm auch gegen andere Positionen gewendet werden, zum anderen gibt es viele eindeutig rassistische und nazistische Äußerungen, die nicht bestraft werden.

Der Straftatbestand der Volksverhetzung in § 130 des Strafgesetzbuches (StGB) umfasst zwei verschiedene Arten von Taten: In den Absätzen 1 und 2 bestraft er bestimmte Angriffe auf die klassischen Zielgruppen nationalsozialistischer Propaganda, aber auch auf andere „Teile der Bevölkerung“. In den Absätzen 3 und 4 greift er bestimmte klassische Inhalte nationalsozialistischer Propaganda an. Dabei erfasst er aber nicht jede eindeutige Äußerung im Sinne des NS, auch nicht jede öffentliche.

Aufstacheln zum Hass gegen Minderheiten...

Nach § 130 Abs. 1 StGB wird bestraft, wer gegen bestimmte Gruppen oder Einzelne wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Gruppe „zum Hass aufstachelt“ oder „zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordert“ oder wer ihre Menschenwürde dadurch angreift, dass er sie „beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet“. Absatz 2 verbietet Herstellung, Verbreitung usw. entsprechender Schriften, Filme etc. Die geschützten Gruppen sind einerseits „nationale, rassische, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppen“ – das klingt nach Bestrafung von Hetze gegen Minderheiten, von hate crimes. In der Praxis dürfte auch die Mehrzahl der Strafverfahren nach dieser Norm gegen Nazis und andere RassistInnen gerichtet sein.

... oder andere „Teile der Bevölkerung“

Andererseits schützen aber § 130 Abs. 1 und 2 neben den genannten Gruppen jeweils auch

„Teile der Bevölkerung“. Der Standardkommentar zum StGB von Fischer listet z.B. auf: „die Arbeiter; die Bauern; die Beamten; die Soldaten [...]; die Katholiken; die Protestanten“; erst dann folgen klassische Opfer rechter Propaganda wie „die Juden“ oder AsylbewerberInnen. Auch „die Polizisten“ werden mitunter als geschützte Gruppen angesehen – was ein Stück weit zurückführt zu den Wurzeln des § 130, der ursprünglich einmal die „Anreizung zum Klassenkampf“ unter Strafe stellte.

Holocaustleugnung und NS-Verherrlichung

Absätze 3 und 4 des § 130 dagegen bestrafen klassische Nazi-Propaganda. Am bekanntesten ist § 130 Abs. 3, der die Billigung, Leugnung und Verharmlosung der Shoah oder des NS-Völkermords an anderen Gruppen unter Strafe stellt, wenn sie öffentlich begangen wird.

2005 eingefügt wurde § 130 Abs. 4, nach dem bestraft wird, wer in bestimmter Weise „die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt“. Dieser Absatz ist auch als „Lex Wunsiedel“ bekannt, denn er dient weniger der Strafverfolgung, sondern vor allem dazu, bestimmte Nazi-Großaufmärsche mit der Begründung zu verbieten, auf diesen würde es zu Straftaten nach § 130 kommen. Tatsächlich wurden die Verbote der Rudolf-Heß-Märsche in Wunsiedel 2005 und 2006 auch hierauf gestützt, während Strafverfahren nach § 130 Abs. 4 weiter selten sind. § 130 Abs. 4 war unter JuristInnen und auch unter AntifaschistInnen nicht unumstritten, denn das Bestrafen einer Meinungsäußerung wegen ihres Inhalts stellt in einem Staat, der sich zu absoluter Meinungsneutralität verpflichtet, einen Tabubruch dar. Aus antifaschistischer Sicht war zu befürchten, dass bald unter Berufung auf „Extremismustheorien“ auch gegen linke Äußerungen vorgegangen würde. Das Bundesverfassungsgericht räumte solche Sorgen mit der „Wunsiedel-Entscheidung“ vom 4.11.2009 weitgehend aus: § 130 Abs. 4 sei zwar nicht meinungsneutral, das sei aber ausnahmsweise zulässig, weil das Grundgesetz ein expliziter Gegenentwurf zu der in § 130 Abs. 4 genannten NS-Gewalt- und Willkürherrschaft sei. Also ein ganz kleines bisschen „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ aus Karlsruhe – das Gericht machte aber auch deutlich, dass es dem Grundgesetz keinen darüber hinausgehenden anti-faschistischen Grundsatz entnimmt, wie ihn antifaschistische Organisationen unter Berufung auf Art. 139 immer wieder eingefordert hatten.

Was ist alles strafbar – und was nicht?

Alle Absätze des § 130 stellen für eine Strafbarkeit weitere Voraussetzungen auf: Insbesondere sind Äußerungen nach den Absätzen 1 und 3 nur strafbar, wenn sie geeignet sind, den „öffentlichen Frieden“ zu stören, Äußerungen nach Absatz 4 nur, wenn sie den öffentlichen Frieden tatsächlich stören und zudem die Würde der Opfer des NS verletzen. Hinzu kommt, dass die Begriffe, die die verbotenen Handlungen beschreiben, durchaus auslegungsbedürftig sind und von den Gerichten oft mit auch nicht viel klareren Begriffen ausgefüllt werden: „Aufstacheln zum Hass“ etwa wird im schon erwähnten Standardwerk von

Fischer definiert als „eine auf die Gefühle des Adressaten abzielende, über bloße Äußerung von Ablehnung und Verachtung hinausgehende Form des Anreizens zu einer feindseligen Haltung“. Ähnliche Formeln finden sich zu den meisten anderen Begriffen.

So überrascht es nicht, dass etwa die Frage, ob eine bestimmte Parole auf einer Demo strafbar ist oder nicht, von feinsinnigen Differenzierungen abhängt. So ist etwa die Parole „Türken raus“ dann nicht strafbar, wenn damit „nur“ gemeint ist, sie sollten das Land verlassen – etwas anders gilt aber, wenn sich aus den Umständen eindeutig ergibt, dass „konkludent“ zu Willkürmaßnahmen aufgerufen wird, z.B. gegen die, die der „Aufforderung“ nicht Folge leisten. Eingestellt wurde auch ein Strafverfahren gegen einen Neonazi, der auf einer Demo „Nationalsozialismus jetzt!“ gebrüllt hatte: § 130 Absatz 4, so die Begründung der Staatsanwaltschaft, verbiete ja nur die Glorifizierung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft, die Parole aber habe wohl nur den NS „als solchen“ gemeint. Derlei Spitzfindigkeiten mögen juristisch vielleicht sogar vertretbar sein, politisch sind sie nur schwer verdaulich.

Gleichzeitig kann die Offenheit des § 130 auch dazu führen, dass seine Anwendung von politischen Stimmungen und individuellen Einstellungen der Entscheidenden abhängt – und dass er auch gegen linke Positionen gewendet wird: So hat vor wenigen Jahren die Staatsanwaltschaft Kiel einen Demo-DJ wegen Volksverhetzung angeklagt, weil er den Fischmob-Track „Polizei Osterei“ abgespielt hatte. Dieser enthält die Textzeile „Mollies und Steine für Bullenschweine“. Dass der ganze Track in schlumpftechnomäßiger Verfremdung vorgetragen wird und sich selbst auf die Schippe nimmt und dass es sich um eine reine „Latschdemo“ handelte, deren TeilnehmerInnen zu Gewalt gegen PolizistInnen weder aufgerufen werden konnten noch sollten – all das interessierte die Staatsanwaltschaft keinen Deut. Erst das Gericht hatte ein Einsehen und stellte das Verfahren ein.

Aus antifaschistischer Sicht ist die Praxis zu § 130 damit ein weiterer Beleg, dass im Kampf gegen Nazis und andere RassistInnen das staatliche Strafrecht nie mehr als nur ein untergeordnetes Mittel sein kann.